

Mehr Schlupflöcher

(Südkurier 18.10.01)

Grüne diskutierten Fluglärmvertrag - Den Lärm vermindern

Kreis Waldshut (mhe) Korrekturen an ihrer Bewertung des Luftverkehrsstaatsvertrags musste beim Besuch in Tiengen die Landtagsfraktion der Grünen vornehmen. Zur Fraktionssitzung "vor Ort" gekommen mit der Einschätzung, dass der heute in Bern zu unterzeichnende Staatsvertrag zwar nicht das Optimum für die deutsche Bevölkerung am Hochrhein, aber doch eine spürbare Verbesserung bringt, musste der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Boris Palmer, nach zweistündiger Diskussion mit Vertretern von Kommunen und Bürgerinitiativen diese Einschätzung relativieren. 2002 überprüfen

"Mir ist jetzt deutlich geworden, dass der Vertrag mehr Schlupflöcher für die Schweizer Seite offen lässt, als ich erkannt hatte", so Palmer, der sich nach eigenen Worten ein halbes Jahr in das Fluglärmthema eingearbeitet hat. Auch der Vertreter des Flughafens Zürich, Manfred Staffelbach, teilte die Einschätzung der Grünen in zumindest einem Punkt ganz und gar nicht: Langfristig werde sich die Luftfahrt- und Swissair-Krise nicht wachstumsmindernd für den Flughafen Kloten auswirken, so Staffelbach. Kurzfristig allerdings sicher und mittelfristig sehr wahrscheinlich.

In einem Brief an Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig hatte Boris Palmer namens der Grünen Landtagsfraktion noch in der vergangenen Woche verlangt, den Staatsvertrag schon im nächsten Jahr auf den Prüfstand zu stellen, gerade weil sich nach Einschätzung der Grünen die Swissairkrise langfristig verkehrsmindernde Auswirkungen auf den Flughafen Kloten haben werde. Bei insgesamt niedrigerem Verkehrsaufkommen oder geringerem Wachstum müsse die Verteilung der Lasten zwischen Deutschland und der Schweiz daher neu austariert werden.

Grundsätzlich positiv bewertete den Vertrag ein Grüner aus der Schweiz, der Zürcher Kantonsrat Felix Müller. "Für die Flughafenanrainer ist der Vertrag ein Vorteil. Er gibt erstmals auch den Zürcher Flughafengemeinden einen Schutz."

Geri Müller, Kantonsrat der Grünen im Aargau, riet seinen deutschen Kollegen, sich nicht zu sehr in Details eines Staatsvertrags zu verbeißen. Ziel grüner Politik müsse bleiben, eine nachhaltige Verkehrspolitik zu entwickeln und so zur Verringerung des Verkehrsaufkommens zu gelangen. Eine "demokratische" Verteilung des Fluglärms auf alle Anrainerregionen lehnte Geri Müller ab: "Was nicht gut ist, kann man nicht demokratisch verteilen. Man muss es vermindern."